Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

DER SCHATTEN KUBAS ÜBER LATEINAMERIKA

Der *Konflikt zwischen den USA und Kuba*, zwischen der Großmacht und der kleinen karibischen Insel vor der Südspitze Floridas, hat politische Folgen für alle lateinamerikanischen Staaten von Mexiko bis Argentinien. Kubanische Propagandisten lieben den biblischen Vergleich vom kleinen David und dem mächtigen Goliath — eine irreführende Formel, da Kuba immer mehr zu einem Stützpunkt des kommunistischen Blocks, zu einer Filiale der roten Weltrevolution geworden ist. Der *kalte Krieg* zwischen Ost und West hat im Konflikt um das Regime Fidel Castros eine neue Form angenommen.

Fragwürdiges Ergebnis von Punta del Este

Die letzte große Auseinandersetzung um das kubanische Problem spielte sich Ende Januar auf der Konferenz in Punta del Este (Uruguay) ab, an der alle Außenminister der *Organisation der amerikanischen Staaten* (OAS) teilnahmen, und zwar auf Initiative Kolumbiens hin, das Maßnahmen gegen die fidelistischen Umtriebe verlangte. Differenzen und Verwirrung kennzeichneten die Konferenz von Anfang an. In einem großen Plädoyer forderte Staatssekretär *Rusk* den Ausschluß Kubas aus der OAS. Der kubanische Präsident *Dorticos* antwortete mit einer Haßtirade gegen die USA. In der Abstimmung über die Resolutionen waren sich mit Ausnahme Kubas alle einig, daß die marxistisch-leninistische Ideologie mit dem interamerikanischen System unvereinbar und darum auch das gegenwärtige kubanische Regime, das sich wiederholt zum Marxismus-Leninismus bekannt hat, mit der Zugehörigkeit zur OAS unvereinbar sei.

Die Resolution über den sofortigen *Ausschluß Kubas aus der OAS* fand jedoch bloß eine knappe Zweidrittelsmehrheit. Der Stimme enthielten sich die vier Großen Lateinamerikas, nämlich Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko, außerdem Bolivien und Ecuador. Das fidelistische Regime ist zwar moralisch verurteilt worden; praktische Maßnahmen gegen Kuba wurden von den Großen des Kontinents jedoch abgelehnt. Befürworter der sofortigen Isolierung Kubas waren neben den USA in erster Linie die vielen Regierungen der Staaten um das Karibische Meer, die von der Dynamik des fidelistischen Regimes am unmittelbarsten betroffen werden, zum Teil aber auch von der amerikanischen Wirtschaftshilfe sehr abhängig sind.

Der Kurs Washingtons

Die Administration Kennedy erlitt mit dem Fehlschlag der *Invasion* Kubas, an deren Vorbereitung und Durchführung amerikanische Stellen mitgewirkt hatten, in ihren ersten Monaten eine schwere Niederlage. Diese Scharte sollte wieder etwas ausgewetzt werden, indem Kennedy seinen kühnen Zehnjahrplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Lateinamerikas vorlegte. Der Allianz für den Fortschritt — *Alianza para el Progreso* — wurden durch den amerikanischen Kongreß im Mai ein erster Beitrag von 500 Millionen Dollar plus 100 Millionen für die Erdbebengebiete Chiles zur Verfügung gestellt. Die Verwendung dieser amerikanischen Gelder ist mit der Verpflichtung verbunden, soziale Reformen durchzuführen, in erster Linie Land- und Steuerreformen. Daß an der Konferenz von Punta del Este beim Kampf um die Stimmenmehrheit allerdings auch Gelder der Allianz für den Fortschritt eine Rolle spielten, ist in Washington vieler-

orts bedauernd zur Kenntnis genommen worden.

Für Washington geht die Kampagne für den sozialen Fortschritt Hand in Hand mit der Bekämpfung des kommunistischen Regimes in Havanna. Die USA, die in einer weltweiten Auseinandersetzung mit dem offensiven Kommunismus stehen, sind auch zum Kampf gegen den Vorposten dieser aggressiven Ideologie vor ihrer Türe gezwungen. Eindämmung und Isolierung, Propaganda und wirtschaftlicher Druck sind die Mittel dieser *Gegenoffensive*. Anfangs Februar wurde eine Sperre für amerikanische Exporte — mit Ausnahme der Lebensmittel und medizinischen Erzeugnisse — und ein Verbot für kubanische Importe verhängt. Damit wird das kubanische Regime knapp an Dollardevisen, die es bisher für seine Propaganda in ganz Lateinamerika verwandte.

In Washington hofft man, daß die Mitgliedstaaten der OAS sich allmählich diesem *Handelsboykott* anschließen. Darüber hinaus erwartet man, daß auch die *NATO-Alliierten* Amerikas sich diese Maßnahmen zu eigen machen werden. *Walt Rostow*, Leiter des Planungsstabes im Staatsdepartement, wirkte beim Nordatlantikrat in Paris auf Schritte der europäischen Mitglieder hin. Amerika appelliert an die Solidarität seiner Partner. Freilich bildet das Regime in Havanna vor allem für die USA einen Gegenstand dauernder Irritation; aber der Widerstand gegen das Vordringen des Kommunismus in der westlichen Hemisphäre ist Hauptaufgabe des Atlantikpakts, der sich nach Auffassung Washingtons nun auch auf der anderen Seite des Atlantik dieser Aufgabe anzunehmen hat. In London etwa zeigt man sich kritisch und befürchtet wirtschaftliche wie politische Rückwirkungen auf die Nachbargebiete Westindiens.

Auswirkungen der interamerikanischen Beschlüsse

Warum sträuben sich die *lateinamerikanischen Großen* gegen antikubanische Sanktionen? Offenbar hatten sie bloß auf eine Kompromißformel gehofft, in der die Unvereinbarkeit des kubanischen Regimes mit dem interamerikanischen System erklärt worden wäre. Sie machten in erster Linie rechtliche Gründe gegen den Ausschluß Kubas geltend; dahinter steckten aber auch Rücksichten auf die labilen *innenpolitischen Verhältnisse* einzelner südamerikanischer Staaten. In den Linksparteien, unter den Studenten und in Kreisen der Intelligenz genießt Fidel Castro noch immer große Popularität; seine Reformen, aber auch sein Kampf gegen den mächtigen nordamerikanischen Nachbarn, gegen die überlegenen «Yankees» haben ihm viele Sympathien gewonnen. Diese Regierungen befürchten nun, daß eine scharfe Aktion gegen Kuba die fidelistische Agitation in ihren Staaten verschärfen, überhaupt der Kontroverse zwischen Links- und Rechtskräften neuen Auftrieb geben könnte. Präsident *Frondizi* und der brasilianische Außenminister *Dantas* versuchen deshalb das kubanische Problem als örtliche Verirrung darzustellen und zu bagatellisieren. Indem Washington eine panamerikanische Schicksalsfrage daraus mache — so wird erklärt —, schaffe es Unruhe in den lateinamerikanischen Hauptstädten und biete zudem Havanna und Moskau ein Bild amerikanischer Zwietracht.

Argentiniens Stimmenthaltung in Punta del Este löste vor allem in den Kreisen der argentinischen Streitkräfte großes Mißtrauen, ja eine Krise aus. Als Gegenzug und Konzession an die Generäle brach Fondizi am 8. 2. die Beziehungen zu Kuba ab. Es ist der vierzehnte der zwanzig amerikanischen Staaten, der diesen Schritt vollzieht. Einzig Mexiko, Brasilien, Bolivien, Chile, Ecuador und Uruguay unterhalten noch Beziehungen zu Havanna. Der Schatten des kleinen Inselstaates nach marxistisch-leninistischem Muster liegt über der Hemisphäre und zwingt die Regierungen zur Stellungnahme, auch wenn sie dies um der innenpolitischen Ruhe und der Stabilisierungsversuche willen nicht wünschen.

Linksschwenkung in Italien

Die *Democrazia Cristiana* hat auf ihrem Parteitag in Neapel Ende Januar mit großer Mehrheit beschlossen, die Regierung der de-

mokratischen Mitte durch ein Kabinett zu ersetzen, das im Parlament mit dem direkten oder indirekten Beistand der *Linkssozialisten* rechnet. Die vieldiskutierte *Apertura a sinistra* wird damit Wirklichkeit. Die Linksschwenkung war durch Absage der Sozialdemokraten und der Republikaner an den bisherigen Zusammenschluß der demokratischen Mitte vorbereitet worden.

Der wichtige, in seinen Folgen noch unabsehbare Umschwung in den Reihen der Democrazia Cristiana selber hat verschiedene Gründe. Indem sich die gemäßigten Kräfte, die sich um den gewandten und konzilianten Generalsekretär der Partei, *Aldo Moro*, sammeln, die Auffassung *Fanfanis*, des initiativen, ehrgeizigen Befürworters des Linkskurses, zu eigen machten, war die Mehrheit für die Apertura a sinistra gewonnen. Seit *Papst Johannes XXIII.* die Nachfolge Pius' XII. angetreten hat, ist aber auch der direkte Einfluß der Kirche auf die christlich-demokratische Partei zurückgegangen; die Eingriffe des Pontifikats ins politische Leben haben aufgehört. Auch die *Einschätzung der Linkssozialisten* unter Führung Nennis hat sich geändert: am Parteikongreß der Democrazia Cristiana von Florenz im Herbst 1959 lehnte man die Nenni-Sozialisten als Verbündete noch ab. Die damalige Kritik an der zum Teil unter kommunistischem Einfluß stehenden Partei ist zwar auch heute noch gültig; die Gefahr, daß sich die kommunistische Regie via Linkssozialisten geltend machen könnte, besteht weiter.

Das von den drei Parteien der künftigen Koalition ausgearbeitete *Regierungsprogramm* macht hohe Konzessionen an die Forderungen der Nenni-Sozialisten. Dazu gehört die Nationalisierung der Energiequellen, die riesige Summen verschlingen würde und die nicht einmal vom äußersten Linken der Christlich-Demokraten unter Sullo befürwortet worden war. Kritiker der Linksschwenkung haben auch ihre Besorgnisse um die künftige *Außenpolitik* angemeldet. In der Wochenschrift «Relazioni Internazionali» geht der diplomatische Korrespondent sorgfältig dem Verhältnis der Parteien zum gegenwärtigen außenpolitischen Kurs nach (17. Februar, Nr. 7, S. 184/185). Zwischen dem Neutralismus Nennis und der Treue zum atlantischen Bündnis, wie sie in all den Jahren christlich-demokratischer Führung außenpolitische Richtschnur war, gibt es Differenzen; verwaschene Erklärungen, wonach man beidseitig für Ost-West-Verhandlungen und für eine globale Entspannung eintrete, schaffen die Meinungsverschiedenheiten nicht aus der Welt.

Hoffnungen für Algerien

Minister der Regierung de Gaulle und der algerischen Exilregierung verhandelten in den Februarwochen im schweizerisch-französischen Grenzgebiet über einen Frieden in Algerien, und zwar zum Teil geschützt und abgeschirmt durch schweizerische Behörden. Die geschlossenen *Vereinbarungen* umfassen die Einstellung des Feuers, die Übergangsperiode von sechs Monaten, die der Volksabstimmung vorangehen wird, die Unabhängigkeit des künftigen Algerien, die wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit mit Frankreich und den Schutz der Minderheiten. Der schon über sieben Jahre dauernde blutige Krieg in Algerien wird damit zu Ende gehen. Doch die Folgen der bitteren Kämpfe sind freilich nicht überwunden. Die algerischen Wirren haben das politische Leben der Metropole selber vergiftet. Mit der Beilegung der Kämpfe ist für de Gaulle die schwierige Aufgabe noch nicht gelöst, die sich in der Vernichtung der von dissidenten Militärs geleiteten *Geheimbewegung* stellt, die von den Franzosen in Algerien weitgehend unterstützt wird. Nur zögernd und nachdenklich nimmt die Öffentlichkeit darum die guten Nachrichten zur Kenntnis.

Manöver um eine Genfer Gipfelkonferenz

Mitte März wird in Genf die *Abrüstungskommission der UN* zusammentreten, der 18 Staaten angehören. Sie soll in der Fülle von Vorschlägen den besten Weg für eine *allgemeine und umfassende Abrüstung* ausfindig machen. Auf die westliche Initiative für eine vorgängige Konferenz der Außenminister der USA,

Großbritanniens und der Sowjetunion antwortete Chruschtschew mit dem Gegenvorschlag, eine *Gipfelkonferenz* der Regierungschefs der 18 beteiligten Staaten einzuberufen. Die Westmächte und auch andere Staaten antworteten negativ auf dieses Manöver, das der Sache der Abrüstung keinen Dienst leisten würde, sondern von Chruschtschew zu Verwirrungsaktionen benutzt werden könnte. Die sowjetische Obstruktion auf der Genfer Kernwaffenkonferenz, die am 29. 1. *sine die* vertagt werden mußte, ist ohnehin kein gutes Omen für die Abrüstungsverhandlungen. Die sowjetischen Kernversuche größten Stils im letzten Jahr veranlaßten zudem die USA, Vorbereitungen für *Versuche in der Atmosphäre* zu treffen; sie sollen auf der britischen Weihnachtsinsel im Pazifik stattfinden, falls sie durch die technische Entwicklung und einen sowjetischen Vorsprung auf dem Gebiet der Kernwaffen gerechtfertigt sind. Angesichts dieser friedlichen Gesten aus Moskau, der Vorstöße in Noten und an Verhandlungstischen tut man gut, die bittere Realität nicht zu vergessen, wie sie sich in der sowjetischen *Bedrohung des Flugverkehrs nach Berlin* zeigt.

Picus

AUSSENPOLITISCHE KONTROVERSEN IN DER BUNDESREPUBLIK

Verhandeln oder nicht verhandeln, das ist hier die Frage

In den letzten Wochen konnte man in deutschen und auch in ausländischen Zeitungen gelegentlich die Überschrift lesen: *Risse in der Bonner Koalition.* Trifft diese Beobachtung zu? Zeigen sich tatsächlich nach vier Monaten gemeinsamer Regierung von CDU und FDP Spannungen und Divergenzen zwischen den beiden Parteien?

Nun, man könnte nachweisen, daß diese Risse schon am ersten Tag bestanden und daß sie damals nur notdürftig überklebt worden sind. Die CDU, die bei den Wahlen im September 1961 die absolute Majorität verloren hatte, wollte das Heft nicht aus der Hand geben, und die FDP hatte nur einen Gedanken, unter allen Umständen an die Regierung zu kommen. Dies ist vielleicht nicht das einzige, was die beiden Parteien miteinander verbindet, aber es ist das Fundament dieser Koalition.

Die CDU/CSU (242 Sitze) ging dabei von der Überlegung aus, daß sie, wenn das Ja-Wort der FDP (66 Sitze) erst einmal gesprochen sei, nicht mehr groß Rücksicht auf den kleinen Partner in dieser Vernunftehe zu nehmen brauche; und die weit weniger bemittelte, daher also schwache FDP tröstete sich mit dem Gedanken, daß dies eine «Ehe auf Abbruch» sei, weil der greise Partner zwangsläufig im Laufe der Zeit an Stärke einbüßen müsse. Die Koalitionspartner fühlten sich also verhältnismäßig sicher und glaubten, abwarten zu können.

Beide aber hatten nicht mit der Rolle des Publikums gerechnet, das seit jenen turbulenten Herbstwahlen und dem recht unerfreulichen Schauspiel einer sich über Wochen hinziehenden Regierungsbildung ein gewisses Unbehagen nicht mehr losgeworden ist.

In der deutschen Öffentlichkeit steckt heute ein weit größeres Maß an Kritik über die Führungslosigkeit und an Ungeduld über den Immobilismus als die Regierung sich träumen läßt. Dieses Unbehagen aber gibt einen verborgenen Resonanzboden ab für die Ideen der FDP, die darum rascher, als sie selbst wohl ursprünglich plante, zur Aktivität gereizt wird, und macht es gleichzeitig der CDU unmöglich, die Koalitionspartnerin einfach zu überfahren.

Unglücklicherweise fügt es sich überdies so, daß der Koalitionsausschuß, der die Poli-

tik der beiden Parteien dem Koalitionsvertrag entsprechend koordinieren soll, von Dr. *Mende* geführt wird, dem Fraktionschef der FDP, der seinerzeit den Kopf des Außenministers *Brentano* forderte (und erhielt) und von eben dem gleichen Brentano, der inzwischen Fraktionschef der CDU geworden ist. Auch dies ist keine besonders glückliche Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Die latenten Spannungen traten zum erstenmal mit aller Deutlichkeit auf dem Gebiet der Außenpolitik zutage, wo sie wohl auch grundsätzlich am größten sind. Seit jenes als sowjetisches Memorandum bezeichnete Schriftstück, in dem Moskau deutsch-sowjetische Verhandlungen propagiert, am 27. 12. 1961 in Moskau dem Botschafter Kroll überreicht wurde, ist die Diskussion, wie man darauf reagieren solle, nicht mehr abgerissen. Auch die Tatsache, daß dieses Memorandum am 21. Februar endlich beantwortet wurde, wird daran wohl kaum etwas ändern. Und auch nicht die Botschafterkonferenz der deutschen Vertreter in Washington, London, Paris, Moskau und bei der Nato, die kurz zuvor in Bonn stattgefunden hatte und die mit dem Ergebnis endete, daß der alte außenpolitische Kurs bestätigt und bekräftigt wurde.

Genau in jenem Augenblick ist die Kontroverse FDP-CDU zum erstenmal vor aller Augen deutlich geworden. Der FDP-Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion hatten in Berlin getagt und dort eine aktivere Außenpolitik gefordert. In diesem Zusammenhang hatten sie Friedensverhandlungen propagiert, die «Klarheit schaffen sollen über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands». Darob große Erregung bei der CDU und heftige öffentliche Kritik Brentanos mit der Begründung, dies wirke wie ein Mißtrauensvotum gegen die bisherige Außenpolitik der Regierung. Und es sei überdies viel zu gefährlich, die Berlin-Verhandlungen auf die deutsche Frage und die Sicherheitsprobleme auszudehnen. Während bis zu Adenauers letzter Washington-Reise im November 1961 umgekehrt die Parole lautete: Isolierte Verhandlungen über Berlin sind zu gefährlich.

Die Erregung der CDU war nur zu verstehen, wenn man sich ihre eingangs erwähnte Einstellung zur Koalition vergegenwärtigt. Sie hatte nämlich den Koalitionsvertrag, den sie unterschrieben hatte, total «verdrängt» und daher ganz vergessen, daß dort wortwörtlich genau das vereinbart worden war, was die FDP jetzt propagiert. Dort nämlich hieß es:

Die Bundesregierung muß versuchen, die Initiative für die Deutschland-Politik für sich und den Westen zu gewinnen. Sie muß die Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage durch Friedensverhandlungen für ganz Deutschland anstreben: auf der Grundlage der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 1. 10. 1958. Über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland ist eine Einigung zwischen den Westmächten und Sowjetrußland herbeizuführen. Diese Einigung muß auch die Zustimmung des Bundesregierung finden.

Die Friedensverhandlungen selbst müssen Klarheit schaffen über den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands.

Es ist selbstverständlich, daß ein Friedensvertrag die definitive Bereinigung der materiellen und rechtlichen Fragen bringen muß, die sich aus dem 2. Weltkrieg ergeben.

Das Stichwort, an dem die Geister sich scheiden, lautet «aktive Außenpolitik» und «Initiative für die Deutschlandpolitik», mit anderen Worten, die Kontroverse zwischen den beiden Partnern bezieht sich auf die Frage *verhandeln oder nicht verhandeln?* a) überhaupt zwischen Ost und West, b) bilateral zwischen Bonn und Moskau.

Ich glaube, man wird sagen können, daß Bonn am liebsten schon die Frage zu a) negativ beantworten würde, in jedem Falle aber die zu b). Die Gründe dafür sind keineswegs von der Hand zu weisen. Der Kanzler befürchtet, die Sowjets könnten mit deutsch-sowjetischen Verhandlungen die Bürger immer weiter aufs Glatteis locken und dann plötzlich die Verhandlungen abbrechen und sie dort sitzen lassen. Den Alliierten aber könnte dies Gelegenheit geben, sich, unter Hinweis auf Rapallo, aus ihrem Engagement für Berlin und die Bundesrepublik herauszuwickeln, so daß Bonn schließlich den beste-

henden festen Rückhalt verliert, ohne auch nur einen Schritt dem Ziel der Wiedervereinigung und der Festigung Berlins nähergekommen zu sein. In der Tat eine erschreckende Vision.

Eine andere Sorge Adenauers dürfte in seinen Moskauer Erfahrungen des Jahres 1955 wurzeln. Damals glaubte er sich, entgegen seiner ursprünglichen Absicht und auch entgegen dem Rat der Experten genötigt, diplomatische Beziehungen mit Moskau aufnehmen zu müssen, weil Chruschtschew ihm im Austausch 10 000 in Rußland zurückgehaltene Kriegsgefangene anbot. Könnte, so meinen manche Leute, der Kanzler heute ein Angebot ausschlagen, das beispielsweise der Zone eine Humanisierung und Liberalisierung gewährt, im Austausch gegen eine Lockerung der westlichen Bindungen der Bundesrepublik?

Diejenigen, die eine aktivere Außenpolitik fordern, und das sind keineswegs nur die Mitglieder der FDP, antworten, das Kennzeichen unserer Situation ist ja gerade, daß es keine Politik ohne Risiko gibt. Und sie fügen hinzu, wenn Ihr Immobilisten glaubt, daß Eure Passivität Euch den Status quo garantiert und Euch vor Opfern bewahrt, so ist das ein Irrtum — denkt nur an die Mauer. Durch Nichthandeln kann in unserer Situation mehr verloren gehen als durch Handeln.

Um Konzessionen zu vermeiden, so heißt es weiter, wollt Ihr nicht verhandeln. Und weil Ihr nicht den Versuch macht, einen neuen Rechtsstatus für Berlin auszuhandeln, werdet Ihr von *faits accomplis* überrascht, die Ihr dann anerkennen müßt — so wie die Mauer. Konzessionen aber, die man machen muß, weil der andere das Gesetz des Handelns unbestritten an sich gerissen hat, sind oft weit schwerwiegender als jene, die man sich am Verhandlungstisch abringen läßt.

Soviel steht jedenfalls fest: eine Patentlösung für die deutsche Frage gibt es nicht. Das weiß das deutsche Publikum. Aber wissen die Führer der Koalition das auch? Das ist es, was manche Bundesbürger sich gelegentlich besorgt fragen.

Marion Gräfin Dönhoff

WILL MOSKAU EIN NEUES RAPALLO?

Seit jenem 27. Dezember 1961, an dem Genosse Iljitschew, kraft seines Amtes als Leiter der Deutschlandabteilung im Moskauer Außenministerium, dem Botschafter der Bundesrepublik, Herrn Kroll ein «Aide Mémoire» überreicht hatte, wird bald ein Quartal vergehen. Inzwischen ist öfters sowohl in Deutschland wie auch in Rußland, ja fast überall in der Welt jenes magische Wort gefallen, bei dem man am wenigsten an die idyllische Landschaft der italienischen Riviera denkt: Rapallo. In kürze wird man noch einen weiteren Anlaß haben, um den Namen dieses Kurortes zu hören, denn der 40. Jahrestag des Abkommens, das am 17. April 1922 zwischen dem Volkskommissar Tschitscherin und dem deutschen Außenminister Rathenau in Rapallo unterzeichnet wurde, steht vor der Tür. Es besteht also sozusagen ein doppelter Grund, sich die Frage zu stellen, ob überhaupt die Möglichkeit besteht, daß sich die Vorgänge aus dem Jahre 1922 wiederholen und Moskau mit Deutschland eine Verständigungspolitik vereinbart. Darauf Antwort zu geben, scheint uns um so wichtiger, weil man damit einen bescheidenen Beitrag leisten kann, um die hie und da in Westdeutschland wiederaufkeimenden falschen Hoffnungen und gefährliche Illusionen zu dämpfen.

Um es vorwegzunehmen, ein neues Rapallo kann sich allen Ernstes nur derjenige vorstellen, der das Metier der Außenpolitik nicht mit den Kategorien der Vernunft, son-

dern als Wunschdenken mißt. Dann — und nur dann — können die Gegenstände der stets notwendigen politischen Analyse von ihren jeweiligen realen Proportionen und aus den gegebenen konkreten Verhältnissen befreit und in ein Reich der Phantasie gestellt werden. Mit anderen Worten, der Wiederkehr einer Rapallopolitik seitens der Sowjetunion fehlen alle realpolitischen Attribute.

Um diese These mit einleuchtenden, überzeugenden Argumenten zu beweisen, muß man einen kurzen Abstecher in die Geschichte jener Tage nach dem ersten Weltkrieg unternehmen, die die Nachwelt mit dem Begriff «Rapallo» beglückt hatten, der bald die Gestalt einer konkreten Konstellation, dann wieder die Konturen eines Gespenstes annimmt, grundsätzlich aber seit längerer Zeit nichts anderes als ein Phantom ist.

Im Jahre 1922 waren die Sowjetunion und die deutsche Weimarer Republik zwei schwache Staaten, die zwar aus einer unterschiedlichen historischen Situation her entstanden waren, aber machtpolitisch sich in einer identischen Lage befanden. Beide waren auf dem internationalen Parkett isoliert, und das Gebot der Stunde hieß für beide, diese diplomatische Blockade im Rahmen des neuen Staatensystems zu durchbrechen. Da die innere und äußere Schwäche eines jeden Partners die gegenseitige Rivalität ungefährlich machte, konnte ein Modus vivendi, der ihren Rang in den Augen der anderen automatisch aufwertete, ohne Risiko hingenommen werden. Die weltrevolutionäre Ausbreitung des vor kurzer Zeit unter solchen ehrgeizigen Plänen aufgerichteten Rußlands hatte sich damals sowohl für Lenin wie für seine Mitarbeiter als unnütz erwiesen. Das verringerte die Bedenklichkeit einer diplomatischen Verständigung mit den Sowjets für die Lenker des Weimarer Deutschlands auf ein Minimum. Aber auch umgekehrt konnten sich die sowjetrussischen Bolschewiki mit ruhigem Gewissen sagen, daß eine Annäherung an das aus der Niederlage des großen Weltkrieges hervorgegangene Deutschland durchaus annehmbar war, weil die Möglichkeiten und Chancen einer deutschen Expansion, die sich gegen die Interessen Rußlands in Osteuropa richten könnte, auf absehbare Zeit gleich Null waren. So war der Rapallo-Vertrag vom Jahr 1922 eine Vereinbarung zwischen zwei ungefähr gleich schwachen Partnern, die sich nicht aus ideologischer oder staatsrechtlicher Affinität, sondern aus egoistischer Zweckmäßigkeit und infolge eines zeitweiligen Verschwindens der Gegensätze ergab. Dies war für beide Seiten um so leichter zu akzeptieren, als sie durch keine internationalen Allianzen gebunden waren. Infolgedessen brauchten sie auch keine Rücksicht auf jeweilige Partner ihrer bilateralen oder multilateralen Bündnisse zu nehmen. Außerdem war die Autorität Lenins in dem erst entstehenden internationalen Kommunismus derart groß, daß er sich jegliche Experimente auf dem bisher unbekannten Feld der außenpolitischen Strategie und Taktik leicht erlauben konnte, ohne sich viel um allfällige Vorwürfe eines «Verrats» an der Doktrin und Praxis zu kümmern. Er war ja der Prophet und der oberste Priester in einer Person.

Nach vierzig Jahren sieht die Situation völlig anders aus und entbehrt jeglicher Grundlagen, auf denen eine Wiederholung des Rapallo-Abkommens zwischen Deutschland und Rußland in einer nur annähernd ähnlichen Variante zustande kommen könnte. Das ergibt sich in klarer Weise aus einem Vergleich zwischen den damaligen und den heutigen Begleitumständen sowie Komponenten der sowjetisch-deutschen Bemühungen.

Während die Sowjetunion durch die territorialen Eroberungen Stalins, die Kurzsichtigkeit der Westmächte in den ersten Jahren nach der Niederlage Hitlers und im Ergebnis einer gewaltsamen Industrialisierung ein großes koloniales und aggressives Weltimperium ist, gehört die Bundesrepublik Deutschland als der repräsentative deutsche Staat infolge des von Hitler entfesselten und verlorenen Krieges, der territorialen Amputationen östlich der Oder und Neiße und infolge der Teilung des übriggebliebenen einwandfrei deutschen Staatsterritoriums in zwei Domänen, zu den mittleren Mächten vom Range Großbritanniens und Frankreichs. Stellt man den Vergleich in

militärischer Hinsicht zwischen Deutschland und Rußland Anno 1922 und Anno 1962 an, so ist der vollzogene Wandel sowohl im Hinblick auf konventionelle Waffen wie auch auf die moderne Ausrüstung mit den thermonuklearen Waffen ein weiterer Beweis für zwei verschiedene Größen. Allein bei dieser Konfrontation der machtpolitischen Faktoren müßten die deutschen Unterhändler bei etwaigen bilateralen Verhandlungen und Abmachungen mit Moskau der Gefahr ausgesetzt sein, daß ihr Land sich in einer ungleichen und benachteiligten Position befinden würde, was im Falle einer plötzlichen Krise die Gefahr einer automatischen Kapitulation vor dem Willen des mächtigen Partners heraufbeschwören müßte.

Aber auch die andere Komponente, die im Jahre 1922 der Unterzeichnung des Rapallo-Abkommens zugute kam, nämlich die beiderseitige Erkenntnis, daß man die Expansion des jeweiligen Partners nicht befürchten soll, fehlt diesmal gänzlich. Während Rußland gewissermaßen ähnlich wie vor vierzig Jahren ziemlich genau weiß, daß es einen neuen deutschen Vormarsch zu den Kornkammern der Ukraine, den Ölfeldern Aserbeidschans und den Häfen des Baltikums nicht einkalkulieren muß, sieht die Analyse auf deutscher Seite völlig anders aus. Die Russen okkupieren nach wie vor fast die Hälfte des deutschen Territoriums und sie blockieren seit vielen Jahren die Wiederaufnahme der Funktionen Berlins als einer Hauptstadt Deutschlands. Darüber hinaus haben sie in dem von ihnen besetzten Teil des Landes ein Vasallenregime konstituiert, das jeglichen vernünftigen und auf einer formellen Gleichberechtigung basierenden russisch-deutschen Gesprächen im Wege steht. Aus alldem ergibt sich eher die Perspektive eines latenten, wenn auch gemäß dem verschobenen Kräfteverhältnis ziemlich ungleichen, zu Ungunsten Deutschlands verlaufenden russisch-deutschen Konfliktes.

Da die Sowjetunion auf den andern Schauplätzen der Weltpolitik durch die ebenbürtige Weltmacht Amerika keineswegs derart bedrängt wird, daß sie sich veranlaßt fühlen müßte, alle Konflikte mit Deutschland abzubrechen, um eventuell für große Konzessionen zugunsten der Deutschen, wenn nicht sogar eine direkte Unterstützung, so mindestens deren Neutralität in den Ost-West-Auseinandersetzungen zu erkaufen, muß man also annehmen, daß die Sowjetunion nicht die geringste Absicht hat, Deutschland die Chancen für ein neues Rapallo zu geben. Man kann dies auch so ausdrücken: Weil die Weltmacht Sowjetunion von der europäischen Macht Deutschlands nicht mehr abhängig ist, braucht sie kein Rapallo zu wiederholen, welches auf voller Gleichberechtigung und gegenseitigen Konzessionen beruhte.

Aber wenn man rein theoretisch, hauptsächlich zur Widerlegung aller möglichen Einwände gegen diese Beweisführung, die Chance für einen eventuellen guten Willen Chruschtschews in Erwägung zieht, namentlich, daß er bereit wäre, auf die Sowjetzone zu verzichten, so wird man zum Beispiel in dem Gespräch mit seinen Beamten belehrt, daß das «bürgerliche Hirngespinste» seien. Warum? Weil die Sowjetzone ein proletarischer Staat sei, dessen Preisgabe an Bonn ernsthafte Nachwirkungen für die gesamte «sozialistische Völkerfamilie» haben würde. Damit bestätigen die Sowjets einen sehr wichtigen Umstand, der ebenfalls einem neuen Rapallo im Wege steht. Im Jahre 1922 verfügte die Sowjetunion über ein alleiniges Entscheidungsrecht in den Beziehungen, die sich aus dem Korrelat zwischen Ideologie und Staatspolitik ergab. Sie besaß keine übermäßigen Verpflichtungen gegenüber deutschen Kommunisten, während sie heute, infolge der Errichtung eines kommunistischen deutschen Staates, die Hauptverantwortung für dessen Existenz und Schicksal trägt. Ihre Manövrierfähigkeit in dieser Frage ist zu alledem durch die konkurrierende Macht des kommunistischen Chinas und die in keiner Weise mit der Autorität Lenins zu vergleichende Stellung Chruschtschews derart eng, daß sie sich streng genommen nur in den Propagandatricks und verbalen Vorstößen des kalten Krieges äußern kann.

Zusammenfassend kann die neueste Taktik Chruschtschews in der Deutschlandpolitik Moskaus nicht als ein ernster Schritt zur

Wiederholung des Rapallophänomens gewertet werden, weil dazu alle Voraussetzungen fehlen. Sie verfolgt somit das Ziel, in Deutschland zunächst falsche Hoffnungen und dann wenig überlegte Handlungen zu inspirieren, die dem Kreml neue einseitige Vorteile in Westeuropa bringen würden. Nur so kann man von einer neuen sowjetischen «Rapallo»-Politik sprechen, einer Politik, deren Wirksamkeit sich nur auf das Territorium zwischen Elbe und Rhein, aber nicht auf das Terrain zwischen Elbe und Oder erstrecken würde. Ein solcher «Rapallo»-Gedanke verlangt, daß die Bundesrepublik Vorleistungen für Nichts machen müßte; Vorleistungen, welche das westliche Bündnissystem schwächen und die Macht Sowjetrußlands noch mehr stärken würden.

Alexander Korab

IM ROTEN LEIPZIG

Genormte Buchstadt

Leipzig ist auch heute noch, was es seit Jahrhunderten gewesen ist — eine Stätte regen deutschen Geisteslebens. Aber es ist nicht der universale, humanistische, der Freiheit verpflichtende Geist der Luther, Melanchthon, Hutten (die übrigens alle drüben in hohen Ehren stehen), auch nicht der Geist selbständig denkender und eigenwilliger Sozialisten wie Professor Ernst Bloch, der erst vor kurzem dieser Stadt den Rücken gekehrt hat. Sondern es ist der Geist Walter Ulbrichts, heute offizieller Lieblingssohn der Stadt Leipzig (er wurde dort am 30. 6. 93 geboren). Ulbricht ist gewiß kein Dummkopf. Er hat sich sogar als Autodidakt eine sehr beachtliche Allgemeinbildung erworben. Aber er sieht doch alles durch die mattrote Brille des kommunistischen Parteifunktionärs. Dieser nicht von Natur aus, sondern gewollt beschränkte Geist hat auch der ältesten Buch- und Universitätsstadt der DDR ein unverkennbares Gepräge gegeben.

Man merkt es gleich sowie man die Schwelle der «Deutschen Bücherei» überschreitet. Äußerlich ist diese frühere Nationalbibliothek heute mehr denn je ein imposantes Gebäude. Es hat den Krieg gut überstanden und befindet sich zur Zeit in einem Zustand kräftigen Ausbaus. An allen Ecken und Enden wird erweitert, angebaut und aufgestockt, nicht nur, weil die Fülle der Neuanschaffungen — es sind rund 50 000 im Jahr — den früher abgesteckten Rahmen schon längst gesprengt hat, sondern auch weil man sich bereits heute zur Fünfzigjahrfeier im Oktober 1962 rüstet. Bis dahin soll der im Frühjahr 1959 in Angriff genommene, derzeit aber erst ungefähr halbfertige zweite Seitenflügel vollendet werden (schon 1936 war ein erster Flügel dem Hauptgebäude angebaut worden; dieser soll später weiter aufgestockt werden). Rund fünf Millionen Mark sind für diese Erweiterung der «Deutschen Bücherei» bereitgestellt worden.

Der Stellvertretende Direktor, ein noch sehr jugendlich aussehender Herr, der aber doch mit jedem Wort und jeder Geste umfassendes Wissen und sachliches Können verrät, übernimmt die Führung. In den großen, zweckmäßig modern eingerichteten Lesesälen (es gibt deren insgesamt vier mit zusammen rund 500 Sitzen) wird fleißig gearbeitet. Man sieht auf den ersten Blick, daß die Mehrzahl der Besucher Studenten und Studentinnen sind. Im Jahresdurchschnitt werden die Leseräume von 184 000 Personen benutzt.

Auch diese friedliche Stätte der Forschung und des Wissens ist von dem politischen Zweckstreben, das über dem ganzen Lande lastet, nicht verschont geblieben. Rote Spruchbänder, die sich von der dunklen

Täfelung des großen Lesesaals unschön abheben, mahnen zur Planerfüllung und zum Kampf für den Frieden und verkünden den Endsieg des Sozialismus.

Im Zeitschriftensaal macht sich die Unterdrückung der geistigen Freiheit am krassesten bemerkbar. Abgesehen von einigen Fachzeitschriften aus den Gebieten der Technik, der abstrakten Wissenschaften, der Musik und Belletristik findet man dort keine einzige Publikation aus dem Westen. Nur solche Zeitschriften allgemeinen und insbesondere politischen oder wirtschaftlichen Inhalts, die aus eigener Produktion oder aus anderen Ländern des «sozialistischen Lagers» stammen, liegen aus, insgesamt rund 3000.

Zwar sind politisch anrüchige Publikationen aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz zu haben, aber nur auf Anforderung und nach eingehender Prüfung der Qualifikationen des Bestellers. Ebenso steht es mit denjenigen Büchern aus dem Westen, die den Machthabern drüben nicht ins Konzept passen. Sie sind zwar alle vorhanden — im Sachkatalog gegebenenfalls als «bedenklich», «feindliche Darstellung» oder sogar als «Hetzschriften» gekennzeichnet —, werden aber in den sogenannten «Giftschränken» unter Verschluß gehalten und nur parteiamtlich approbierten Spezialisten zugänglich gemacht. Mit einem Bestand von zur Zeit 2 824 708 Bänden dürfte die «Deutsche Bücherei» wieder an, oder jedenfalls nahe der Spitze unter allen Bibliotheken deutscher Sprache stehen.

Im Katalogsaal kann ich es mir nicht verkneifen, einen diskreten Blick in das Autorenverzeichnis zu werfen, um nachzusehen, ob einige meiner eigenen Bücher darin aufgeführt sind. Tatsächlich gibt es alle vier, die seit 1956 in deutscher Sprache erschienen sind. «Die Ehre unserer Bibliothek ist gerettet», lächelt der Hausherr, der mich auf frischer Tat ertappt hat. Er erklärt dann, daß der alte Brauch, wonach die Verlage von jeder Neuerscheinung ein Pflichtexemplar an die Deutsche Bücherei senden, auch im geteilten Deutschland respektiert wird; in gleicher Weise wird auch die Deutsche Bibliothek in Frankfurt a. M. von drüben bedient.

Der nächste Gang führt in das Haus des «Börsenvereins deutscher Buchhändler», der seinem eigentlich in das System gar nicht mehr passenden Namen treugeblieben ist und auch weiterhin ein «Börsenblatt» herausgibt, das sich von seinem Frankfurter Gegenstück im Äußeren nur unwesentlich, inhaltlich aber vollständig unterscheidet. Bei einer guten Flasche Wein und feinem Gebäck entwickelt sich ein angeregtes Gespräch mit den sechs Herren vom Fach, die erschienen sind. Dabei erfahre ich unter anderem, daß auch im Verlagswesen das Übergewicht heute bei den rein staatlichen Betrieben liegt. Es gibt zur Zeit 65 «volkseigene Betriebe» (VEB), die sich mit der Herausgabe von Büchern befassen. Ihnen stehen noch 33 Privatverlage gegenüber, die allerdings zum großen Teil mit staatlicher Beteiligung arbeiten. Nicht ganz so dominierend ist Vater Staat im Buchhandel. Da gibt es noch 1960 Privatfirmen (darunter 7 mit staatlicher Beteiligung und 54 mit Kommissionsverträgen), gegenüber 675 sogenannten «Volksbuchhandlungen», die zum Bereich der VEB gehören.

Journalisten aus der Retorte

Ausgerechnet an dem Tage, an dem ich auszog, um an berufener Stelle etwas über die Ausbildung des journalistischen Nachwuchses in der DDR zu erfahren, stand im «Neuen Deutschland» zu lesen: «Wir wissen heute besser als in dieser vergangenen Zeit, daß der sozialistische Journalist zuerst und vor allem ein politischer Funktionär sein muß. Er muß die journalistische Tätigkeit als einen Teil der organisierten, planmäßigen Parteiarbeit betrachten.» Damit war eigentlich alles gesagt, zumal diese schauerliche Auffassung vom Wesen «sozialistischer» Journalistik nicht etwa nur eine redaktionelle Meinungsaussage darstellte, sondern ein Zitat aus einer Rede, die der Ostberliner Bürgermeister und Mitglied des Politbüros der SED, Friedrich Ebert, auf dem «ND»-Pressefest gehalten hatte. Was mehr konnte mir Professor Hermann Budzislawski, der Leiter des «Instituts für Theorie und Praxis der Pressearbeit» der Fakultät für Journali-

stik an der Karl-Marx-Universität Leipzig bieten, bei dem ich zu Besuch angesagt war?

Ich kannte Budzislawski von früher her, wenn es auch nur eine sehr flüchtige Bekanntschaft war, die zudem fast 30 Jahre zurücklag. Wir waren damals in der Zeit vor Hitlers Machtergreifung, beide Mitarbeiter der *Weltbühne* gewesen, ich allerdings nur in sehr bescheidenem Maße. Budzislawski ist nachher, wenn ich mich recht entsinne, eine Zeitlang Redaktor der «Neuen Weltbühne» gewesen, die nach 1933 zuerst im Prager, dann im Pariser Exil erschien. Eine Art *Weltbühne* erscheint noch heute in Ostberlin. Sie ist aber nur noch ein Schatten dessen, was sie in den Tagen Karl von Ossietzkys und Tucholskis war. Kein Wunder, denn eine Weltanschauung, die in einem Journalisten nur einen schreibenden Funktionär zu sehen vermag, ist mit der großen Tradition der *Weltbühne*, so weit links sie auch gestanden haben mag, schlechthin unvereinbar.

Auch Budzislawski hat sich gewandelt, das konnte man auf den ersten Blick sehen. Aus dem kämpferischen Publizisten ist ein linientreuer Funktionär geworden, der es sich in der behaglichen Pfründe einer wohlbestallten Professur gut gehen läßt und auch in seiner äußeren Erscheinung ein richtiger behäbiger Professor geworden ist, wenn auch mit «sozialistischem» Vorzeichen. «Die Presse ist die schärfste Waffe der Partei der Arbeiterklasse», schreibt er jetzt (in einem Beitrag, der in dem Ende 1960 erschienenen «Journalisten-Handbuch der DDR» erschienen ist) und fügt im Hinblick auf die Produkte seiner Fakultät stolz hinzu: «Junge Journalisten gehören zu den aktivsten Parteiarbeitern.» Immerhin, was er über die Entstehungsgeschichte der «ersten deutschen Fakultät für Journalistik» (gemeint ist natürlich in der DDR) zu berichten weiß, ist nicht ganz uninteressant.

In Leipzig hatte es schon seit den Tagen des ersten Weltkrieges ein «Institut für Zeitungskunde» gegeben, das 1916 von Professor Karl Bücher ins Leben gerufen worden war. Das Institut fristete jahrelang ein ziemlich dürftiges Dasein und wurde in der Zeit des Nationalsozialismus unter seinem damaligen Leiter, Prof. Münster, ebenso völlig in den Dienst der damals herrschenden Staatspartei gestellt, wie das heute der Fall ist (das sagt natürlich Budzislawski nicht). Das Gebäude, in dem sich das Institut befand, wurde bei einem Bombenangriff völlig zerstört; nur eine Handvoll Bücher konnte gerettet werden.

Bei der Wiedereröffnung der Leipziger Universität im Jahre 1946 wurde zuerst der Versuch gemacht, ein «Institut für Publizistik» ins Leben zu rufen, das sich aber nicht als entwicklungsfähig erwies. Denn es galt ja nicht nur, Presseforschung zu betreiben, sondern auch die schon damals mit Kapazitäten keineswegs übersetzte Presse der Sowjetzone mit journalistischem Nachwuchs zu versorgen. So kam es am 20. September 1954 zur Gründung der Fakultät für Journalistik, in der das bisherige Institut für Publizistik aufging. Die neue Fakultät wurde zuerst in ein Institut für Pressegeschichte und ein Institut für Theorie und Praxis der Pressearbeit eingeteilt. Im Januar 1957 kam noch ein Institut für Rundfunkjournalistik hinzu, das technisch besonders gut ausgestattet ist. Als viertes Institut der Fakultät entstand im September 1959 das Institut für Literarische Publizistik und Stilistik, und nun steht auch noch die Gründung eines Instituts für Bildjournalistik bevor. Die Fakultät, die in einer herrschaftlichen Villa in einem ruhigen Wohnviertel von Leipzig untergebracht ist — die verschiedenen Fakultäten und Abteilungen der Karl-Marx-Universität sind über das ganze Stadtgebiet verstreut —, besitzt eine eigene Bibliothek von etwa 32 000 Bänden sowie ein Archiv mit 300 000 Ausschnitten.

Budzislawski, der im Herbst 1958 aus New York, wo er lange gewohnt hatte, zurückgekehrt war, wurde zuerst auf einen Lehrstuhl für internationales Pressewesen an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig berufen. Nach der Gründung der Fakultät für Journalistik übernahm Budzislawski zuerst die Leitung des Instituts für Pressegeschichte (dem jetzt der Prodekan, Prof. Heinrich Bruhn, vorsteht) und dann im Jahre 1959 seinen jetzigen Posten, nachdem der jahrelange Direktor des Instituts für Theorie und Praxis der Pressearbeit, Prof. Hans Teubner, zum Chefredaktor

der Leipziger Volkszeitung, eines führenden SED-Organs, ernannt worden war.

Daß es selbst im Zeichen völliger Gleichschaltung der Presse und öffentlichen Meinung so etwas wie redaktionelle Initiative und auch die Möglichkeit eines echten «Scoop» (Erstmeldung) geben kann, erfahre ich zufällig bei einem Besuch der *Leipziger Volkszeitung*, wo mich der Chefredaktor, Professor Hans Teubner, empfängt. Der schmächtige, kahlköpfige Mann mit dem feingeschnittenen, klugen Gesicht wirkt mehr wie ein stiller Gelehrter als wie ein journalistischer Haudegen, der er aber doch mit Leib und Seele ist. Am wenigsten macht er den Eindruck eines kommunistischen Funktionärs, der er als Chefredaktor eines der bedeutendsten Organe der SED selbstverständlich auch sein muß.

Im Laufe unserer angeregten Unterhaltung kommt das Gespräch von ungefähr auf den Weltraumflug des sowjetischen Piloten, Major Gagarin, über den die LVZ am 12. April in zwei Gratis-Sonderausgaben berichtete. Damit erzielte sie eine für die Redaktion selbst unerwartete Wirkung. Denn nun stellte es sich heraus, daß eine Kusine Gagarins, Nadeshda Kirillowa Tschekotschichin, sich um diese Zeit in Leipzig befand und über eine anschauliche Sammlung von Originalaufnahmen aus dem Leben ihres plötzlich berühmt gewordenen Vetters verfügte. Die Bilder waren im Juni 1960 in Glasma bei Moskau angefertigt worden und zeigten den Helden des Tages im Kreise seiner Familie in ungezwungener Haltung. Professor Teubner ließ es sich nicht nehmen, Frau Tschekotschichin sofort persönlich zu interviewen, wobei ihm die strahlende Genossin die ganze Sammlung der Privataufnahmen zur Alleinveröffentlichung in der LVZ aushändigte. Auch jeder «kapitalistische» Chefredaktor hätte sich wohl nach einem solchen Scoop alle zehn Finger geleckt.

Im Institut für Ausländerstudium

«Mein Name ist Sunarno Iman Sutupo aus Djakarta. Djakarta ist viel tausend Meilen von Leipzig entfernt. Trotzdem ich ein Flugzeug benutzte, brauchte ich für meine Reise zwei Tage und drei Nächte. Als ich Indonesien verließ, blühte der Hibiskus, und es war warm wie immer. Bei meiner Ankunft in Leipzig sah ich zum erstenmal in meinem Leben Schnee...» — So beginnt eine Broschüre mit dem Titel «Studium bei Freunden», die mir bei einem Besuch im Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen in Ost-Berlin in die Hand gedrückt wurde. Das Heftchen, das übrigens nicht von dem Indonesier Sutupo, sondern von einem Hans von Oettingen verfaßt ist, behandelt unter anderem das der Karl-Marx-Universität in Leipzig angegliederte «Institut für Ausländerstudium».

Der Zweck dieses Instituts und sein Platz in der zum Teil recht naiven Vorstellungswelt der dort studierenden Ausländer wird ohne weiteres klar, wenn man weiter liest, was Sunarno Iman Sutupo seinen, wie er selbst schreibt (oder wie es ihm in den Mund gelegt wird), «Kommilitonen in aller Welt» von seinen Erlebnissen zu erzählen weiß: «Dieses Land und seine Menschen haben mich sehr beeindruckt... Es ist wesentlich, zu wissen, daß es zwei deutsche Staaten gibt, einmal die Deutsche Demokratische Republik mit der Hauptstadt Berlin, die mir einen Studienplatz zur Verfügung stellte, und zum anderen die deutsche Bundesrepublik... In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es im Gegensatz zu der deutschen Bundesrepublik kein Bildungsmonopol begüterter Kreise. Jeder junge Mann und jedes junge Mädchen hat in der Deutschen Demokratischen Republik die Chance, kostenlos und frei von materiellen Sorgen zu studieren... Während die Deutsche Demokratische Republik für die Bedürfnisse ihrer Studenten jährlich 600 Millionen DM zur Verfügung stellt, hat die Regierung der wesentlich größeren deutschen Bundesrepublik für ihren akademischen Nachwuchs jährlich nur 9 Millionen DM übrig...»

Nun, man kennt den Ton und die Musik zur Genüge. Aber dennoch erschien es interessant, einmal die Bildungsstätte in Augenschein zu nehmen, wo der Indonesier Sutupo und mit ihm Tausende von anderen Studenten aus den Entwicklungsländern derlei

Kenntnisse über die entscheidenden Unterschiede zwischen Bundesrepublik und DDR gesammelt hat. Als ich kurz darauf in Leipzig war, ließ ich es mir daher angelegen sein, dem «Institut für Ausländerstudium» einen Besuch abzustatten. Die Genehmigung dazu wurde, wenn auch etwas zögernd, erteilt. Auch im Institut selbst machte ich sofort die Erfahrung, daß man an leitender Stelle — im Gegensatz zu fast allen anderen Institutionen, Anlagen und Betrieben in der DDR, die ich besuchen durfte — mit Auskünften recht zurückhaltend war.

«Sie werden verstehen, daß wir vorsichtig sein müssen... es gibt genug Länder, wo man unseren Studenten nur zu gern Schwierigkeiten machen würde...»

Mit diesen Worten suchte die Leiterin des Instituts, eine robuste ältere Dame — Verzeihung, Genossin —, der man es ansieht, daß sie ihr gestrenges Szepter auch über die aufsässigsten Afro-Asiaten zu schwingen versteht, den Umstand zu erklären, daß sie mir keine präzisen Angaben über Anzahl und Nationalität der Studierenden machen durfte.

Immerhin ließen sich einige interessante Folgerungen aus ein paar flüchtigen Blicken auf Bekanntmachungen, Anschläge, Wandtafeln, die Namensschilder an den Türen sowie aus den Gesichtern der Studierenden, denen man in den Wandelhallen, Klassenzimmern und Laboratorien begegnete, schließen. Die große Mehrzahl stammt aus den jungen Staaten Afrikas und Asiens, nur verhältnismäßig wenige aus den befreundeten Ländern des «sozialistischen Lagers» (früher sollen es erheblich mehr gewesen sein). Es sind durchwegs dunkelhäutige Menschen — Araber, Neger, Inder, Indonesier, daneben auch einige Südamerikaner. Entsprechend der unterdrückten Stellung und dem niedrigen Bildungsgrad der weiblichen Bevölkerung in vielen dieser Länder ist das Verhältnis zwischen Männern und Frauen etwa 10:1. Die weiblichen Studierenden sind zum größten Teil europäischer Herkunft, doch gibt es auch einige aus dem Nahen und Fernen Osten. Bezeichnenderweise ist die Dölnitzerstraße, an der der Haupteingang des Instituts liegt, vor kurzem in «Lumumbastraße» umgetauft worden. In der Nähe des Instituts, das selbst einen weitläufigen Komplex moderner Gebäude umfaßt, befindet sich eine Reihe von Internaten mit den Wohnzimmern, Speisesälen und Klubräumen der Studierenden.

Es ist schon richtig: im Schul- und Hochschulwesen, wie überhaupt in kulturellen Dingen läßt sich die Regierung der DDR nicht lumpen. Ich habe drüben manchenorts feststellen können, daß die materiellen Einrichtungen in den Schulen vorbildlich sind. So auch hier: Hörsäle, Auditorien, Laboratorien, Speisesäle — alles ist hell, modern und zweckmäßig eingerichtet. Die «Buden» und Gesellschaftsräume der Studierenden stehen denjenigen eines amerikanischen «Campus» an Komfort kaum nach.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen — auch der Sohn eines Nabobs kann ja, wenn er will, in Leipzig studieren, aber dann nicht auf Kosten des «Arbeiter- und Bauernstaates» —, genießen die ausländischen Studenten nicht nur vollkommen kostenlosen Unterricht, freie Versicherung und ärztliche Betreuung (der Klimawechsel macht sich oft unangenehm bemerkbar), sondern sie erhalten darüber hinaus noch monatliche Stipendien in Höhe von 280 DM bis 470 DM. Davon geht allerdings die Verpflegung im Internat mit durchschnittlich 100 DM im Monat ab.

Auch sonst wird nicht mit Bemühungen gespart, den ausländischen Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. So versteht sich zum Beispiel der Küchenchef, Herr Petzold, darauf, jeder Volksgruppe einmal ihr Leibgericht zu bereiten — und das will bei den rund 38 Nationalitäten, die im Institut vertreten sind, schon allerhand heißen!

Joachim Joesten

DIE MILITÄRISCHE AUSBILDUNG IM JAHRE 1962

Die Einführung der Truppenordnung 1961 auf den 1. Januar 1962 hat unserer Armee eine neue Organisationsform gegeben. Die umfangreichen und viel Kleinarbeit erfordernden administrativen Maßnahmen konnten zum Glück ohne Störungen durchgeführt werden. Jetzt müssen die neuen Verbände mit ihren neuen Mitteln vertraut gemacht und in der Zusammenarbeit taktisch und technisch geschult werden. Diese Phase stellt die Truppenführer aller Grade vor verantwortungsvolle Aufgaben und verlangt ihren ganzen Einsatz, damit deren Durchführung, angesichts der Arglist der Zeit, so rasch als möglich erfolgt. Die schwierigsten Probleme liegen dort, wo die notwendigen Mittel für die neue Organisation noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Selbstverständlich muß sich die *Ausbildung* der Armee in allen Teilen der Truppenordnung 61 anpassen. Das gilt für die zu Wiederholungs- und Ergänzungskursen aufgebotenen Verbände der Feldarmee und für die Rekruten- und Kaderschulen, deren Programme und Organisation manche Änderungen erfahren.

Rekruten- und Kaderschulen

Die Unterscheidung vier verschiedener Divisionstypen verlangt von der Infanterie die Schaffung drei verschiedener Typen Rekrutenschulen für Füsiliere, Mitrailleure und Minenwerferkanoniere. Die Schulen in Colombier, Bern, Liestal, Aarau, Zürich, St. Gallen und Luzern sind für die Rekruten der Feldinfanterie in den Feld- und Grenzdivisionen bestimmt. Die Rekruten der drei Regimenter Motorinfanterie in den Mechanisierten Divisionen werden vorerst in Bière ausgebildet, bis der projektierte Waffenplatz von Drognens FR geschaffen ist. Für die Rekruten der Gebirgsinfanterieregimenter in den Gebirgsdivisionen sind die Schulen von Lausanne, Bellinzona und Chur-Andermatt bestimmt, wobei die Gebirgsausbildung bereits in diesen Schulen beginnt. Die neue Truppenordnung bringt uns in den Grenadier-Kp. der Gebirgsregimenter ausgesprochene Hochgebirgs-Kp. Dies zwingt die Grenadierschulen von Losone, die Grenadierrekruten der Gebirgsregimenter während einigen Wochen im Hochgebirge alpintechnisch auszubilden.

Zwanzig Rekrutenschulen der Infanterie erhalten dieses Jahr versuchsweise ein Detachement Sanitätsrekruten in der ungefähren Stärke des Sanitätszuges einer Füsilierstabs-Kp., wobei ihre Ausbildung zu Sanitätssoldaten und ihr praktischer Einsatz im Krankendienst der betreffenden Schule Hand in Hand gehen. Ist der Versuch erfolgreich, sollen in Zukunft alle Rekruten der Truppensanität in Schulen der betreffenden Truppengattung ausgebildet werden, während die Sanitätsrekrutenschulen nur noch die Rekruten der Sanitätsformationen umfassen würden. Mit dieser Neuerung kann man die Zahl der Sanitätsabteilungen, die zur Leistung des WK im Krankendienst der Schulen aufgeteilt werden, erheblich verringern.

Die verschiedenen Mechanikerschulen der Kriegstechnischen Abteilung und der Abteilung für Heeresmotorisierung in Thun, Worblaufen und Bern werden jetzt von der neuen Abteilung für Transportdienst und Reparaturtruppen organisiert. Auch die bisher von der Kriegsmaterialverwaltung ausgebildeten Sattler bestehen eine ganze Mechaniker-Rekrutenschule, die Offiziersordonnanzrekruten 5 Wochen Mechanikerschule.

In den Offiziersschulen der Artillerie, der Flieger-, Fliegerabwehr-, Genie-, Übermittlungs- und Reparaturtruppen sowie des Transportdienstes werden die Aspiranten mit dem Sturmgewehr ausgebildet, damit diese Truppen bereits über eine Anzahl mit dem Sturmgewehr vertrauter Offiziere verfügen, wenn ihre Rekruten von 1964 an das Sturmgewehr erhalten und von 1965 an mit Sturmgewehr zum WK einrücken.

Wiederholungs- und Ergänzungskurse

Mit Rücksicht auf die Einführung der Truppenordnung 61 und der Sturmgewehrumschulung findet dieses Jahr ein einziges Manöver für Heereseinheiten statt, zu dem im Spätsommer die neuen Gebirgsdivisionen 10 und 12, unter Leitung des Kommandan-

ten des Gebirgsarmeekorps 3, antreten. Nach dem üblichen Unterbruch von zwei Jahren werden dieses Jahr wieder die Grenzbrigaden 1, 6, 8 und 11, die Festungsbrigade 23 und die Reduitbrigade 22 zum Ergänzungskurs einberufen.

Die neuen Einrückungsbestimmungen verlangen, daß die Dienstpflichtigen des Auszuges alle 8 WK ohne Unterbruch nacheinander leisten. Daraus folgt, daß dieses Jahr die meisten Verbände der Spezialtruppen mit 14 Jahrgängen zum WK einrücken. Von dieser Neuregelung sind nur die noch nicht mit dem Sturmgewehr ausgerüsteten Verbände der Infanterie und der Mechanisierten und Leichten Truppen ausgeschlossen. Für sie wird die neue Regel zusammen mit dem Sturmgewehr eingeführt.

Die Kadervorkurse sind für Offiziere auf vier und für Unteroffiziere auf drei Tage verlängert worden. Die bessere Vorbereitung der Kader soll eine bessere Ausbildung der Truppen im nachfolgenden WK oder Ergänzungskurs ermöglichen. Die Festungsformationen führen nun, wie die meisten anderen Truppen, WK von 3 Wochen Dauer durch, so daß einzig die WK der Luftschutztruppen nur 13 Tage dauern. Bei den Ergänzungskursen der Landwehr ist an Stelle einer Kursdauer von 6 Tagen für die Zerstörungsformationen eine Dauer von 13 Tagen für die Mineurformationen getreten. Die Zahl der Gebirgs-WK ist dieses Jahr verhältnismäßig klein, infolge des Ausfalles der Mechanisierten Divisionen sowie jener Divisionen, die auf das Sturmgewehr umgeschult werden. Von 1962 an führen nur noch die Gebirgsdivisionen jährlich einen Gebirgs-WK durch, die Feld- und Grenzdivisionen nur noch jedes zweite Jahr.

Trotzdem in den Mechanisierten Divisionen die meisten Truppen über Transportfahrzeuge verfügen und daher motorisiert sind, während nur ein kleiner Teil mit Kampffahrzeugen ausgerüstet und somit mechanisiert ist, bereitet das Problem der Übungsgelände für die mechanisierten Truppenverbände der erheblichen Geländeschäden wegen große Sorge. Man ist bestrebt, die notwendigen Übungen der mechanisierten Truppen im WK auf dem Gebiet bundeseigener Waffenplätze durchzuführen, um große Landschäden auf privatem Grund und landwirtschaftlich genutztem Boden möglichst zu vermeiden.

Für die Luftschutztruppen sind kombinierte Zivilschutzübungen in Aarau, Bern, Glarus, Schwyz, Sitten, Vevey und Winterthur vorgesehen.

Neue Waffen und Geräte

Die 1960 begonnene Umbewaffnung von Formationen der Infanterie und der Mechanisierten und Leichten Truppen auf das Sturmgewehr wird 1962 intensiv fortgesetzt. Im Vordergrund stehen die drei Grenzdivisionen 2, 5 und 7. In zweiter Linie werden Einheiten, Bataillone und Regimenter berücksichtigt, die noch den Karabiner besitzen, die aber mit der neuen Truppenordnung einer zur Hauptsache bereits umgeschulten Division unterstellt wurden. Mit dieser Auswahl der umzuschulenden Truppen soll erreicht werden, daß bis Ende dieses Jahres in 7 Divisionen die Infanterieverbände und die Mechanisierten und Leichten Truppen durchwegs mit dem Sturmgewehr ausgerüstet sind.

Eine Reihe von Pak-Kp. wird auf die rückstoßfreie Panzerabwehrkanone 58 umgeschult, eine Anzahl von Flab-Batterien auf die 20-mm-Flab.-Kanone 54. In den 1962 zum Ergänzungskurs aufgebotenen Landwehrbrigaden werden die Mitrailleure der Infanteriebataillone mit dem schnellschießenden Maschinengewehr 51 ausgerüstet. Das alte Mg 11 verschwindet somit auch in der Landwehr. Verschiedene Truppen erhalten weitere Infrarotgeräte für das Beobachten und Schießen bei Nacht, sowie neue Modelle von Waffen der Panzerabwehr. Für die Mitrailleurzüge der Auszugsinfanterie wird der kleine Geländelastwagen «Haflinger» eingeführt (vgl. ausführliche Beschreibung in Allg. Schweiz. Militärzeitschrift, Februarnummer, Seite 69/70).

Mögen ein gnädiges Schicksal und der rastlose Einsatz aller Kader und Mannschaften dazu führen, daß bis Endes des Jahres unsere Armee nicht nur modern organisiert und ausgerüstet ist, sondern ein scharf geschliffenes Instrument bildet, dem unser Volk restlos vertraut.

Miles

Der Weg, auf dem Wille unsere Miliz der Kriegstüchtigkeit allmählich zugeführt hat, ist in allen wesentlichen Grundzügen bereits in der Arbeitsweise des jungen Offiziers erkennbar. Der Plan zu seinem Lebenswerk erscheint als ein weder an Alter noch Erfahrung gebundener, schöpferischer Wurf. Wille weiß einfach, daß in der gesamten, auf Kriegsgenügen gerichteten Friedenstätigkeit psychologische Momente den Ausschlag geben, daß es nicht darauf ankommt, dem Manne gewisse Fertigkeiten beizubringen, sondern darauf, sie ihm derart zu vermitteln, daß er sie in der größten Aufregung des Ernstfalles beherrscht und an diesem überlegenen Können inneren Halt findet. Er ist sich auch von allem Anfang an klar darüber, daß die kurz dienende Truppe ein solches Selbstvertrauen auf andere Art erwerben muß, als ein Heer, dem viel Zeit zur Verfügung steht. Während letzteres vielerlei, Notwendiges und bloß Nützliches betreiben kann, muß sich die Miliz auf das aller Unerläßlichste beschränken und darin Meisterschaft erreichen. Gesellt sich zum Vertrauen ins eigene Können ein auf inneren Werten beruhendes Selbstbewußtsein hinzu, dann sind gesunde männliche Kräfte derart freigelegt, daß sich der Soldat in jeder noch so ungewohnten Lage zurechtfindet. Wenn dieses Selbstbewußtsein berechtigt sein soll, kann es nur in einer harten Schule gewonnen werden. Für Wille drehte es sich nie um die Schaffung eines stumpfen, knechtischen Gehorsams, sondern um die männliche Selbstbeherrschung, welche die Kraft verleiht, in kritischen Lagen nicht nur einen Befehl, sondern ebensosehr dem eigenen Pflichtgefühl zu gehorchen.

Hans Berli in «Große Schweizer»
Atlantis Verlag, Zürich